

Bremerhaven, 29.11.2023

## **Offener Brief an die Mitglieder des Petitionsausschusses der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung**

Sehr geehrte (r) Stadtverordnetenvorsteher, Mitglieder des Petitionsausschusses, Stadtverordnete und Mitbürger von Bremerhaven,

am 14.11.2023 wurde die Petition der BIKEG mit den Unterschriften von 534 Unterstützern vom Ausschuss für "Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung" in einer nicht öffentlichen Sitzung abgelehnt. Die Ausschussmitglieder (<https://sitzungsapp.bremerhaven.de/ris/bremerhaven/organization/details/21>) haben entschieden, die Petition nach Bremen weiterzuleiten.

Die BIKEG und ihre Unterstützer haben kein Verständnis dafür, dass der Magistrat offenbar sämtliche Verantwortung für die Deponie ablehnt. Ziel der Petition war, eine Überprüfung der Erweiterungsge-  
nehmigung und der Kontrollen für den Grundwasserschutz durch unabhängige Sachverständige zu erreichen.

Das Bremerhavener Umweltschutzamt als Magistratsbehörde hat die Kontrolle des Grundwassers vernachlässigt und durch Zugeständnisse an den Deponiebetreiber auch Kontrollen ausgesetzt, die im Planfeststellungsbeschluss zwingend vorgeschrieben sind. Dies ist besonders unverständlich, da es sich dabei auch um hochgiftiges Cyanid handelt, das bereits in der frei zugänglichen Neuen Aue neben der Deponie gefunden wurde.

In der Begründung des Petitionsausschusses wird angeführt, dass die Genehmigungsbehörde in Bremen für die geforderte Überprüfung zuständig wäre.

Wir halten es für problematisch, wenn dieselbe Behörde, die verantwortlich für den Erlass des Planfeststellungsbeschlusses ist, ihre eigenen Entscheidungen nun selbst auf den Prüfstand stellen soll. Insbesondere deshalb, weil die Genehmigungsbehörde seit Jahren die Existenz eines Fachgutachtens ignoriert, das die erhöhte Grundwassergefährdung durch die Deponieerweiterung belegt. Es ist bewiesen, dass Angaben im Planfeststellungsbeschluss über die Giftigkeit der Deponie falsch sind und damit die gesetzlichen Anforderungen an den Grundwasserschutz nicht eingehalten werden.

Die Stadtverordneten von Bremerhaven sollten sich nicht über das Begehren der eigenen Bevölkerung hinwegsetzen und sich aus der Verantwortung für die Sicherheit der Deponie stellen. Wir fordern, dass eine wirklich unabhängige Überprüfung der Rechtmäßigkeit und Sicherheit der Deponie unter Einbeziehung aller Gutachten stattfindet.

Mit freundlichen Grüßen  
der Vorstand der BIKEG